



## Gemeinsam die Herausforderungen meistern

### SGK bietet Kommunen Austausch und Unterstützung

**Autorin** Kirsten Fründt, neue Vorsitzende der SGK Hessen e.V. und AfK Hessen e.V., Landrätin Marburg-Biedenkopf

Jede und jeder, der in Hessen politisch Verantwortung trägt, weiß: Die hessischen Kommunen stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Sowohl intern in ihren Verwaltungen, als auch in ihren jeweiligen Stadt-, Gemeinde- oder Kreisgesellschaften.

Meine eigene Verwaltung, die des Landkreises Marburg-Biedenkopf, steht besonders im Bereich der Personalentwicklung vor großen Herausforderungen. Da geht es nicht nur um einen kulturellen Wandel im Haus, sondern ganz konkret um das Management des demographischen Wandels.

Innerhalb kurzer Zeit müssen wir mehr als 25 Prozent unserer Führungskräfte ersetzen, viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen in den Ruhestand. Dazu kommen die Digitalisierung der Verwaltungen sowie die deutlich gestiegenen Anforderungen an Kommunikation, Erläuterung und Rechtfertigung von Verwaltungshandeln. Herausforderungen, denen sich so oder vergleichbar alle kommunalen Verwaltungen stellen müssen.

Die zahlreichen politischen Herausforderungen, sowohl für die Zentren als auch für die ländlichen Räume, bestehen fort: Integration der Flüchtlinge, Sanierung und Erhalt kommunaler Infrastruktur, Verbesserung der Wohnraumversorgung inklusive sozialem Wohnungsbau, Erhalt bzw. Steigerung der Attraktivität ländlicher Regionen, Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements, öffentliche Daseinsvorsorge, politische und kulturelle Bildung und nicht zuletzt die Ver-



Kirsten Fründt

Foto: Georg Kronenberg 2016

#### KURZBIOGRAFIE

Geboren am 30.3.1967. Abitur in Marburg und Ausbildung zur Gärtnerin. Danach Studium der Agrarwissenschaften in Gießen, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich für Landschaftsökologie und Landschaftsplanung. 2000 bis 2012 beim Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur der Stadt Marburg, dort vom 1.1.2013 bis 31.1.2014 Sportamtsleiterin.

Seit 1.2.2014 Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf.

Seit 2010 Mitglied im SPD-ÖV Ockershausen/Marburg. Mitglied im UB-Vorstand Marburg-Biedenkopf.

Kirsten Fründt ist verheiratet und hat zwei Töchter. Sie wohnt in Marburg.

#### Inhalt

Landesdelegiertenkonferenz mit Stabwechsel an der Spitze

AfK Hessen e.V. vergibt die Hessen-Löwen sowie den Marie-Bittorf-Preis 2016

„Frisch gewählt – und nun?“

Fraktionszuwendungen

Änderung der hessischen Verfassung

Kommunaler Investitionsrückstand

Deutschlands nachhaltigste Gemeinde 2016

schuldung der hessischen Kommunen bzw. deren bessere finanzielle Ausstattung.

Alles Themenfelder, die für die SGK, für die sozialdemokratischen Verantwortlichen in hessischen Kommunen, außerordentlich relevant sind und bleiben werden.

Mein eigenes Politikverständnis ist von Kommunikation, Offenheit und Kooperation geprägt. Ich bin selbst aus dem Ehrenamt, über das bürgerschaftliche Engagement im Sport, in die Kommunalpolitik gekommen. Deshalb ist mir die SGK als Möglichkeit des fachlichen und politischen Austauschs, aber auch der gegenseitigen Unterstützung, so wichtig.

Sich gegenseitig zu unterstützen heißt auch, Erfahrungen aufzubereiten und anderen zur Verfügung zu stellen, voneinander zu lernen. Deshalb finde ich das Buchprojekt „Gute Beispiele der Kommu-

nalpolitik – weil wir's können" so interessant. Und nicht nur, weil es dokumentiert, dass sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und -politiker die gestaltenden Kräfte der hessischen Kommunen sind. Sondern vor allem, weil die in diesem Band versammelten Beiträge versierter sozialdemokratischer Praktikerinnen und Praktiker aus hessischen Kommunen zentrale Politikfelder thematisieren und von deren konkreter Bearbeitung und Gestaltung berichten.

In den Beiträgen geht es folglich um die Weiterentwicklung kommunaler Demokratie, Stadtentwicklung, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, kommunale Sozialpolitik, die wirtschaftliche Betätigung der Kommune, relevante Infrastrukturfragen, kommunales Engagement in einer globalisierten Welt oder die Bedeutung von Kunst und Kultur für eine Stadtgesellschaft. Alles Fragen also, die – je nach Kommune – in unterschiedlicher Ausprägung für politisch Verantwortliche relevant sind, und deren Aufbereitung nützlich und wichtig ist für im Prinzip alle sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und -politiker, egal ob haupt- oder ehrenamtlich tätig.

**Vorstand SGK Hessen e.V.**

**Kirsten Fründt**, Vorsitzende

**Monika Sperzel**, **Andreas Güttler**, stellvertretende Vorsitzende

**Axel Weiss-Thiel**, Schatzmeister

**Beisitzer/innen:** Daniela Leß (Nidderau), Katrin Hechler (Hochtaunus), Julia Ostrowicki (Main-Taunus), Tobias Eckert, MdL, (Limburg-Weilburg), Roger Podstatny (Frankfurt), Thomas Raue (Kassel-Land) und Stefan Scholl (Lahn-Dill)

**Neu hinzugekommen als Beisitzer/innen** sind der Landrat des Kreises Schwalm-Eder, Winfried Becker, Torsten Warnecke, MdL, (Hersfeld-Rotenburg), Dirk Siebert (Gießen) und Henrike Blaum (Groß-Gerau).



Glückwünsche für die neue Vorsitzende.

Fotos (3): Angelika Aschenbach

# Landesdelegiertenkonferenz mit Stabwechsel an der Spitze

Burkhard Albers geht nach 11 Jahren Vorsitz, Kirsten Fründt übernimmt Vorsitz

**Autor** Michael Siebel, Geschäftsführer SGK Hessen e.V.

Auf der Landesdelegiertenkonferenz 2016 kandidierte der langjährige Vorsitzende Burkhard Albers nicht mehr für den Landesvorsitz. In seinem Rechenschaftsbericht schaute er auf eine 11 jährige Arbeit zurück. „Es ist uns gelungen, die SGK wieder zu einem wichtigen Player in der Kommunalpolitik Hessens zu machen“.

**Auszug aus der Rede von Burkhard Albers:**

„Ich bin am 31.11.2005 zum Vorsitzenden der SGK Hessen gewählt

worden. Damit bin ich elf Jahre euer Vorsitzender gewesen und es waren elf gute Jahren. Mein Credo in den ganzen Jahren war: die SGK überzeugt durch Leistungen für ihre Mitglieder. Das ist uns wirklich gelungen!

Wir führen seit zwei Jahren Bürgermeister-Coachings durch, ein Angebot für Kandidatinnen und Kandidaten. In dieser Zeit wurden bereits 20 Kolleginnen und Kollegen gecoacht. Dies alles hat auch Erfolge gezeitigt. Nach einem Rückgang gewonnener

Direktwahlen bis 2008 konnten wir in den letzten Jahren wieder mehr Gewinne bei Bürgermeister- und Landratswahlen verzeichnen.

Wenn ich auf die elf Jahre zurückblicke, dann sind Dutzende von Themen von uns aufgegriffen worden und natürlich auch bearbeitet worden. Dazu gehören die Straßenbeitragsatzung, die KfA-Reform und der Schutzschirm, die Novelle der HGO, der Wohnungsbau und die Flüchtlingsunterbringung sowie die Ganztagschule. Wir haben gegen



Burkhard Albers bei seiner Abschiedsrede



Andreas Güttler, Burkhard Albers, Kirsten Fründt, Monika Sperzel, Axel Weiss-Thiel (v.l.)

# Neuer Hessenplan gefordert

Mit Investitionen gestalten



Thorsten Schäfer-Gümbel steht dafür, dass die Landespolitik in Hessen ihren Gestaltungsauftrag wieder wahrnimmt. Er fordert einen neuen Hessenplan. Foto: Angelika Aschenbach

Die SPD-Fraktion fordert einen neuen Hessenplan, um Hessen fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen. Thorsten Schäfer-Gümbel nannte als Kernstücke eines neuen Hessenplans Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, in eine moderne Mobilitätsinfrastruktur und in das hessische Bildungssystem. „Hessen braucht bis 2020 jedes Jahr mindestens 37.000 neue und vor allem bezahlbare Wohnungen. Gebaut werden höchstens 17.000 Wohnungen im Jahr. Die Lücke zwischen Bedarf und tatsächlichem Bau von Wohnungen muss geschlossen werden.“ Der SPD-Chef mahnte aktive Industriepolitik und Infrastruk-

turpolitik an, um die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. „Damit Hessen ein starkes Land bleibt, brauchen wir jetzt eine kluge, nachhaltige Politik, die Arbeitsplätze in Hessen erhält und neue schafft.“ Als Beispiel nannte er die Automobilindustrie, die erheblichen Anteil an der Wertschöpfung in Hessen habe: „Wenn sich das Elektroauto durchsetzt – und es wird sich durchsetzen – hat das gravierende Auswirkungen auf die Fahrzeugindustrie und die dort beschäftigten Menschen, die das Land politisch begleiten und mitgestalten muss.“

Im Bildungssektor müssten endlich größere Anstrengungen

erfolgen, damit Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit verwirklicht werden. Auch die Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum bleibe eine große Landesaufgabe.

„Der Hessenplan von Georg-August Zinn hatte zum Ziel, die Menschen in Hessen zu einen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Ein neuer Hessenplan dient demselben Zweck, indem er die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aufnimmt. Die Erfolgsgeschichte Hessens zeigt: Reformpolitik ist möglich. Man muss sie eben machen.“



Knapp 300 Mio. Euro zusätzliche Investitionsmittel hat die SPD-Fraktion gefordert. Schwarz-Grün schaut aber lieber dabei zu, wie die Infrastruktur verfällt. Grafik: Gert-Uwe Mende

## Etat 2017: Chancen verspielt

Mit dem von Schwarz-Grün beschlossenen Landeshaushalt 2017 werden aus Sicht der SPD Zukunftschancen leichtfertig verspielt. Der finanzpolitische Sprecher Norbert Schmitt hielt der Koalition vor, finanzpolitische Spielräume unzureichend zu nutzen: „Die hohen Steuermehreinnahmen und die großen Bundeszuweisungen ließen trotz der Belastung durch die Flüchtlingsunterbringung eine deutliche Steigerung bei den kommunalen Investitionen, beim preiswerten Wohnungsbau, eine Erhöhung der Mittel beim Straßenbau und den Öffentlichen Personennahverkehr, ein echtes Sozialbudget, die Übertragung des Tarifergebnis auf die Beamtenbesoldung und selbst mehr Ganztagschulen und einen kostenloses Kinder-

gartenjahr, zu. CDU und Grüne wollen dieses jedoch partout nicht.“

Im Vergleich zur Vorgängerregierung habe Hessen nächstes Jahr 4,7 Milliarden Euro mehr an Einnahmen zur Verfügung. Diese Steigerung seien aber nicht genutzt worden und damit würden Zukunftschancen leichtfertig verspielt. Das zentrale Problem des Landes seien seit einigen Jahren die unterlassenen Investitionen. Hessen lebe aufgrund der Politik von CDU und Grünen von seiner Substanz. Im Straßenbau, im sozialen Wohnungsbau und bei den kommunalen Investitionen würden nicht einmal die Mittel in die Hand genommen, um den Substanzverlust aufzufangen.

## Verbot als erster Schritt

Das Verbot der Vereinigung „Die wahre Religion“ und der damit verbundenen „Lies!-Stiftung“ sieht die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nancy Faeser, als notwendigen ersten Schritt, um der wachsenden Gefahr durch radikalisierte Islamisten entgegen zu treten. „Das Verbot löst nicht das generelle Problem der Radikalisierung. Vielmehr müssen insbesondere die Präventionsmaßnahmen deutlich verstärkt werden. Für die SPD ist ein umfangreiches Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus essentiell.“ Das müsse umfangreiche Maßnahmen im Bildungsbereich, in der außerschulischen Jugendarbeit und Jugendbildung, bei der Schulsozialarbeit sowie in der Aufklärungs- und



Nancy Faeser

Antidiskriminierungsarbeit vorsehen. Wesentlich sei auch die Arbeit mit und für die Angehörigen, Eltern und Opfern sowie die Vernetzung aller Beteiligten.

## Land zahlt nur drei Prozent

Begrüßt hat der SPD-Verkehrspolitiker Uwe Frankenberger, dass die Finanzierung der Verkehrsverbände RMV und NVV bis 2021 gesichert ist. „An der Finanzierungsvereinbarung, haben die Verkehrsverbände, die kommunalen Vertreter und die Landesregierung mitgewirkt. Der größte Teil des Geldes kommt jedoch vom Bund, der kommunale Anteil zur Finanzierung ist fast sechsmal mal so groß wie der des Landes, der bei drei Prozent liegt. Von daher darf sich die schwarz-grüne Landesregierung am wenigsten dafür feiern lassen.“ Dringend



Uwe Frankenberger

notwendig sei ein Ausbau der Infrastruktur.



Sven Gerich, OB Wiesbaden (m.), Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender SPD Hessen (r.)

Foto: Angelika Aschenbach

die 400 Millionen. Kürzung im KfA protestiert.

Die SGK hat zur Kommunalwahl 2016, 2011 und 2007 die „Kommunalpolitischen Leitlinien“ miterarbeitet, die für viele Programmprozesse vor Ort von großer Bedeutung waren. Viel Beachtung fand unser Booklet zu guten Aktionsbeispielen für den Wahlkampf. Das fing an mit der „demokratischen und sozialen Gemeinde“, setzte sich dann mit dem Slogan der „vorsorgenden Kommune“ fort. Das hat für mich zum Ausdruck gebracht, dass unsere Arbeit nach vorne gerichtet ist.

### Erfolgreiche Seminare

Dies hat sich natürlich auch in unserer Seminararbeit niedergeschlagen. 2008 fand die erste Kommunalakademie statt. Damals noch unter dem Namen JUNIOR SGK. Heute sind fast 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Maßnahme gegangen. Im letzten Jahr hat sogar erstmals ein Unterbezirk für seine jungen Mitglieder eine eigene Kommunalakademie angeboten.

Seit vier Jahren führen wir einen Bildungsurlaub zum Thema durch. Im kommenden Jahr werden wir erstmals einen Bildungsurlaub zum Thema „Führung“ anbieten.

Unsere fachlichen Seminare, insbesondere die Doppikseminare, sind ein Renner. Zunehmend werden von den Fraktionen Seminare vor Ort angefragt, zur Neuaufstellung und Themenfindung von Fraktionen.

Ich möchte mit einigen wenigen Schlaglichtern für die Zukunft der SGK schließen.

Unsere Kommunen stehen vor vier zentralen Herausforderungen:

- Die hohe Verschuldung der Kommunen
- Ein riesiger Investitionsstau der Infrastruktur
- Die Sicherung der Daseinsvorsorge
- Die Generierung neuer, innovativer Ideen

Ich glaube, dass die Verschuldung der Kommunen nur durch einen Schuldenschnitt zu bewerkstelligen ist. Dass das Land das kann, zeigt sich bei den vier Kommunen im Odenwald, die ihre Verwaltungen zusammenlegen wollen. Dort ist die Entschuldung an Bedingungen geknüpft worden. Ich plädiere für einen bedingungslosen Schuldenschnitt!

Der Investitionsstau bei den Kommunen ist nur mit zusätzlichen Mitteln zu bewerkstelligen. Ich erkenne die großen Anstrengungen der Bundesregierung in den letzten Jahren an. Aber wir brauchen einen Deutschlandplan für kommunale Investitionen!

Die Aufgaben der Daseinsvorsorge zu sichern ist nur möglich, wenn wir einige gesetzliche Bedingungen ändern. Dazu gehört der §121 HGO. Auch da bin ich hoffnungsvoll, weil die Hessische SPD in ihrer Programmatik dies immer berücksichtigt hat und wir hoffentlich ab 2019 im Land Regierungsverantwortung übernehmen!

Ich wünsche der SGK, die mir sehr am Herzen liegt, euch, den sozialdemokratischen Kommunalen, dem neu zu wählenden Vorstand, alles Gute.“

## AfK Hessen e.V. vergibt die Hessen-Löwen sowie den Marie-Bittorf-Preis 2016

Hans Eichel erhält den großen Hessen-Löwen

Autor Hendrik Schmehl, AfK Hessen e.V.

1975 wurde Hans Eichel Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Kassel – er war damals einer der jüngsten Oberbürgermeister der Republik. In Kassel hat Hans Eichel die Frauenförderung sehr klar akzentuiert. Er hat dafür gesorgt, dass die Geschichte der Verfolgung der Juden im Dritten Reich aufgearbeitet wurde.

Von 1991 bis 1999 war Hans Eichel Ministerpräsident des Landes Hessen. Hans Eichel hat erstmals eine stabile Koalition mit den Grünen über zwei Wahlperioden regierungsfähig gemacht. Hans Eichel ist mit dem ersten quotierten Kabinett angetreten. Zu den besonderen Leistungen seiner Amtsperioden gehörten die Profilierung des Ökologiethemas und die Einführung eines Sozialbudgets. Er hat sich auch als Ministerpräsident der Aufarbeitung der Zeit von 1933 bis 1945 gewidmet. Unter anderem hat er die Wehrmachtausstellung nach Hessen geholt und nach der Weigerung der Frankfurter Oberbürgermeisterin diese eröffnet. Er

hat den Weg dafür geebnet, dass das ehemalige IG Farben-Haus für die Universität Frankfurt nutzbar gemacht wurde.

Hans Eichel hat die Tradition der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Hessen würdig fortgesetzt. Er steht dafür, dass die Demokratie nur dann wirksam wird, wenn sie für alle gleichermaßen verwirklicht wird. Er war ein wirklicher Landesvater.

### Hessischer Kommunal-Löwe

Der Hessische Kommunal-Löwe wird alle zwei Jahre für besondere Verdienste, Konzeptideen und Aktionen im Feld der Kommunalpolitik in Hessen vergeben.

### Den ersten Preis erhielt Benjamin Heimerl.

Benjamin Heimerl erhielt den Preis für seine Dissertation „Professionalisierung kommunaler Wahlkämpfe. Merkmale und Trends am Beispiel hessischer Städte“. Darin bearbeitet er den aktuellen Stand des hessischen



Hans Eichel erhielt den Goldenen Hessenlöwen.

Foto: Angelika Aschenbach



Erster Preis für Benjamin Heimerl

Fotos (2): Angelika Aschenbach

Kommunalwahlkampfes und leistet damit einen wertvollen Praxisbeitrag für die Stärkung der Kommunen und der lokalen Demokratie.

#### Der zweite Preis ging an den SPD-Unterbezirk Main Kinzig

für die Kampagne „Ausgepresst – Wir sind sauer. Sie auch?“ zur Kommunalwahl 2016

Bis zum Sommerpause stand eine Vorkampagne im Mittelpunkt, die den Bürger\_innen die Bedeutung der Städte, Gemeinden und des Kreises näherbringen sollte. Mit einem besonderen Flyer wurden den Bewohnern im Landkreis Main-Kinzig u. a. die Themen: „Vereine und Sport, Bus und Bahn, Intakte Straßen, Kinder-

betreuung, Seniorenbetreuung, Bürgerservice, Kultur, Gepflegte Stadt, Schwimmbad und Bücherei“ nahe gebracht. Mit diesen Themen und den zusätzlichen örtlichen Angelegenheiten wurde den Bürger\_innen verdeutlicht, dass sie ganz persönlich betroffen sind. Die insgesamt vier Materialien, die für die Ortsvereine der SPD Main-Kinzig produziert wurden, ermunterten die Bürger, ihre Auffassungen zu den Fragen: „Wie wollen Sie leben? Welche Ansprüche haben sie an ihr direktes Umfeld?“ mitzuteilen und zu diskutieren.

**Den dritten Preis erhielt die SPD aus Fulda für die Kampagne „Fuldaer Rose“ – Preis für Zivilcourage.**

## „Frisch gewählt – und nun?“

Frauen in der Politik: Viel Zeit, Kraft und Mut erforderlich

**Autorinnen** Gisela Stang und Marion Schiebener

„Wir waren gut auf den Wahlkampf vorbereitet und auch fachlich gibt es eine ganze Reihe von Fortbildungsangeboten, aber zum Parlamentsbetrieb selbst muss man einen Zugang finden,“ fasst Gisela Stang, Stellvertretende Vorsitzende der SPD Hessen und Bürgermeisterin der Kreisstadt Hofheim, die rege Diskussion während eines Treffens der SGK-Frauen am 10. Oktober in Fulda zusammen.

Denn gewählt zu werden ist nur eine Seite der Medaille, sich durchzusetzen hingegen nicht immer leicht, auch in den eigenen Reihen. So be-

richteten Sabine Waschke, MdL, und Birgit Kömpel, MdB, von ihren ersten Schritten auf der politischen Bühne. Gerade Frauenthemen in einer immer noch männerdominierten Politik durchzusetzen brauche viel Zeit, Kraft und Mut. So dauerte es Jahre, bis in Fulda eine unabhängige Frauenbeauftragte durchgesetzt werden konnte.

Myrella Dorn, frisch gewähltes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt, muss sich auch im heutigen Zeitalter noch häufig ihrer Kleidung wegen erklären. Wie



Der SPD-Unterbezirk Main-Kinzig-Kreis wurde für seine Kampagne ausgezeichnet.

Die Fuldaer Rose – Preis für Zivilcourage – wird seit 25 Jahren vom SPD-Stadtverband Fulda verliehen.

Bei der „Jahresauftaktveranstaltung“ des SPD-Stadtverbandes des „Markt der Möglichkeiten“ präsentieren ca. 30 Vereine und Verbände aus den Bereichen „Arbeit und Soziales“ ihre ehrenamtliche Arbeit mit Infoständen.

Unter anderem waren folgende Vereine und Initiativen vertreten: Frauenzentrum Fulda, Deutsche Palliativ Stiftung, Weltladen Fulda, Geburtshilfe Fulda, die Telefonseelsorge sowie die Betreuungsvereine von AWO; SKF (Sozialdienst katholischer Frauen) und VdK.

#### Marie-Bittorf-Preis

Mit dem Marie Bittorf-Preis sollen Frauen in der Kommunalpolitik geehrt werden, die sich mit innovativen Ideen engagiert und für Frauen in der Kommunalpolitik in Hessen eingesetzt haben.

Als erste sozialdemokratische Bürgermeisterin in Hessen wurde Helga Meininger aus Hammersbach mit dem Marie-Bittorf-Preis geehrt.

Die Hessen-Löwen sowie der Marie-Bittorf-Preis werden alle zwei Jahre verliehen. Bewerbungen für 2018 können bereits jetzt unter [info@afk-akademie.de](mailto:info@afk-akademie.de) eingereicht werden. Weiter Infos unter [www.afk-hessen.de](http://www.afk-hessen.de)



Politikerinnen beim Erfahrungsaustausch

Foto: Marion Schiebener

schade, dass dadurch der Fokus nicht stärker auf ihren persönlichen Einsatz in den Frankfurter Brennpunkten gelegt wird. Offensichtlich

ist auch die Presse mehr an dem Erscheinungsbild einer Frau interessiert als an ihrer politischen Arbeit. Dies zeigt aber, dass wir in allen Positio-

nen (ob in der Politik oder im Journalismus) mehr Frauen brauchen. Leider musste auch festgestellt werden, dass Frauen sich im politischen Raum mit sexistischen Äußerungen der männlichen Kollegen auseinandersetzen müssen, ohne dass diese gerügt werden.

Wenn wir uns stärker vernetzen und uns über genau diese Schwierigkeiten und Herausforderungen auseinandersetzen, sind wir einen großen Schritt weiter. So können wir von den Erfahrungen anderer Frauen lernen und Strategien entwickeln. Warum nicht bewusst im Raum bleiben, wenn unsere Frau spricht und ihr Beifall zollen, wenn die männlichen Kollegen den Raum verlassen?

Das SGK-Netzwerk Frauen trifft sich am 26. April, 19.00 Uhr, zur ersten Veranstaltung in diesem Jahr. Nähere Informationen folgen zeitnah.

Wer mitwirken möchte ist herzlich Willkommen im SGK Netzwerk Frauen!  
marion.schiebener@sgk-hessen.de

## Fraktionszuwendungen

### Empfehlungen für die bestimmungsgemäße Verwendung

**Autor** Michael Siebel, Geschäftsführer SGK Hessen e.V.

Fraktionszuwendungen zählen zu den freiwilligen Leistungen einer Kommune. Nach § 36 a Abs. 4 S. 1 HGO können die Gemeinden „den Fraktionen Mittel aus ihrem Haushalt zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung gewähren.“

#### Höhe der Zuwendungen

Den Fraktionen können Haushaltsmittel der Gemeinde zur Finanzierung des notwendigen sächlichen und personellen Aufwands, der ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben entsteht, zur Verfügung gestellt werden. Die Höhe der Haushaltsmittel muss in einem angemessenen und sinnvollen Verhältnis zur Arbeit der Fraktion für das kommunale Vertretungsorgan stehen. Die Höhe der Haushaltsmittel sind im

Einzelfall dem jeweiligen kommunalen Vertretungsorgan überlassen. Dabei müssen die Grundsätze einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung beachtet und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde erfüllt werden.

Bei der Fraktionsfinanzierung aus Haushaltsmitteln handelt es sich nicht eine Gewährung von Zuwendungen an Dritte, sondern um Haushaltsausgaben für eigene Zwecke. Deshalb gelten für diese Ausgaben – auch wenn sie zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden – die haushaltsrechtlichen Vorschriften der HGO, GemHVO und GemKVO.

Bei der Höhe der Fraktionsmittel ist das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 05.07.2012 – BVerwG 8 C 22.11 – zu beachten. Danach ist eine linear-proportionale Verteilung nach Kopffzahl der Fraktionsmitglieder unzulässig. Möglich sind Kombinationsmodelle aus Sockel- und Pro-Kopf-Beträgen oder degressiv-proportionale Modelle. Das

Gleichbehandlungsgebot verlangt eine sachgerechte, am Zweck der Fraktionen ausgerichtete, bedarfsorientierte Mittelverteilung

#### Fraktion und Partei trennen

Die Frage der Zulässigkeit von Ausgaben ist nach dem gesetzlichen Auftrag der Fraktionen zu beantworten. Aufgabe der Fraktionen ist nach § 36 a Abs. 3 HGO die Mitwirkung bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Gemeindevertretung. Bei der Verwendung von Fraktionsmitteln für Öffentlichkeitsarbeit ist auf die Trennung von Fraktions- und Parteiarbeit zu achten. Das verfassungsrechtliche Verbot der verdeckten Parteienfinanzierung ist zu beachten. Ein hinreichender Bezug zur parlamentarischen Arbeit muss gegeben sein. Zurückhaltung in der Art der Präsentation der Informationen und auch eine Mäßigung in der Zeit von Wahlkämpfen sind angezeigt.

#### Weitere Informationen

[www.hsgb.de/nachrichten-des-hsgb](http://www.hsgb.de/nachrichten-des-hsgb)

#### Termine

##### SGK Hessen e.V.

18. November 2017 – Landesdelegiertenkonferenz 2 in Marburg

26. April 2017, 19.00 Uhr – Frauennetzwerk

##### Termine AfK Hessen e.V. – Seminare

04. März 2017 (10.00 Uhr) bis 05. März 2017 (16.00 Uhr)

Doppik Intensivkurs in Herborn

11. März 2017 (10.00 Uhr bis 17.00 Uhr)

Rhetorik für Frauen in Frankfurt

25. März 2017 (10.00 Uhr bis 16.30 Uhr)

Kommunale Beteiligungen in Wiesbaden

##### Bildungsurlaub

03. April – 07. April 2017 Bildungsurlaub Führung in Höchst/Odenwald

23. Oktober – 27. Oktober 2017 Bildungsurlaub Kommunalpolitik Bad Hersfeld

##### Kommunalakademie 2017 in Herborn

16. Juni – 18. Juni 2017

11. August – 13. August 2017

06. Oktober – 08. Oktober 2017

24. November – 26. November 2017

Weitere Informationen zu den Bildungsangeboten der AfK Hessen e.V.  
Marktstraße 10, 65183 Wiesbaden, Telefon: 0611/ 360 117 6, Fax: 0611/ 360 119 5,  
[info@afk-akademie.de](mailto:info@afk-akademie.de), [www.afk-akademie.de](http://www.afk-akademie.de)



Die Absolventen der Kommunalakademie 2016

Foto: Angelika Aschenbach

## Änderung der hessischen Verfassung

# Die Position der kommunalen Spitzenverbände in Hessen

(Hessischer Städte- und Gemeindebund, Hessischer Städtetag, Hessischer Landkreistag)

**Autor** Dr. Jan Hilligardt, Geschäftsführender Direktor des Hessischen Landkreistages

Im Rahmen der Diskussion um die Änderung der hessischen Verfassung sind auch die unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Kräfte in Hessen um ihre Stellungnahme gebeten worden. Dazu zählen auch die kommunalen Spitzenverbände.

### Konnexitätsprinzip

#### Artikel 137 Absatz 6

Werden den Landkreisen, Städten und Gemeinden bestimmte Aufgaben vom Land übertragen und diese Aufgaben führen zu einer stärkeren Belastung, muss das Land für einen finanziellen Ausgleich sorgen. Zumindest müssen Regelungen über die Deckung der Kosten getroffen werden. Diese Regelung wird als Konnexitätsprinzip bezeichnet.

Gerade in den letzten Jahren waren die Kommunen durch die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge stark beansprucht. Sie haben diese Aufgabe schnell und gut gemeistert, aber die finanziellen Aufwendungen können sie nicht alleine stemmen. Nach langen Debatten sind die finanziellen Ausgleichszahlungen vom Land Hessen mittlerweile weitgehend auch vorgenommen worden.

Für die Kommunen ist daher eine grundlegende und nachhaltige Regelung des Konnexitätsprinzips notwendig. Es muss der Entwicklung Rechnung getragen werden, dass immer mehr Entscheidungen, die auch die Gemeinden betreffen, auf Bundes- oder europäischer Ebene getroffen werden. Artikel 137 hat diese Entwicklung noch nicht eingeschlossen, so dass eine Neuformulierung notwendig ist:

### Unser Vorschlag

**„Werden die Gemeinden oder Gemeindeverbände durch Gesetz oder Verordnung zur Erfüllung staatlicher Aufgaben verpflichtet, so sind die Regelungen über die Kostenfolgen zu treffen.**

Durch die Streichung des Passus „Land oder landesrechtliche“ werden alle politischen Ebenen einbezogen.

#### Artikel 137 Absatz 6 Satz 2

In diesem Abschnitt ist geregelt, wann ein Ausgleich geschaffen werden muss. Dabei stellt die Regelung, dass die Kommunen in ihrer Gesamtheit betroffen sein müssen, ein Problem dar.

Die Landesregierung hat in den Fällen, in denen nur ein Teil der Kommunen betroffen ist, oft zu Lasten der kommunalen Seite ausgelegt. Eine Klarstellung durch die Streichung des Passus „in ihrer Gesamtheit“ würde diese Rechtsunsicherheit beseitigen:

### Unser Vorschlag

**Führt die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender eigener oder übertragener Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände, ist ein entsprechender Ausgleich zu schaffen.**



Jan Hilligardt, Geschäftsführender Direktor des Hessischen Landkreistages. Foto: privat

### Kosten schon im Vorfeld bedenken

Schon im Vorfeld von Entscheidungen, die die finanzielle Ausstattung der Gemeinden betreffen, sollten die finanziellen Folgen bedacht und eingeschätzt werden.

### Artikel 138

#### Hürde für Sitzverteilung bei Kommunalwahlen einführen

Die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde bei den Kommunalwahlen in Verbindung mit Möglichkeiten des Kumulierens und des Panaschierens hat dazu geführt, dass in vielen Landkreisen, Städten und Gemeinden die politische Arbeit und auch die Mehrheitsbildung aufgrund der starken Zunahme kleiner und kleinster Gruppierungen deutlich erschwert wurde. Diese Entwicklung halten wir nicht für sinnvoll und plädieren daher für eine 2,5-Prozent-Klausel nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen.

### Klagerecht

Um Konflikte, wann das Land einen Ausgleich schaffen muss, zu entscheiden, sollte ein unmittelbares Klagerecht für die Gemeinden, die Gemeindeverbände und die kommunalen Spitzenverbände aufgenommen werden.



Foto: Hessischer Landtag, Kanzlei

# Kommunaler Investitionsrückstand

Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihren Investitionsstau aufzulösen

Autor SGK Hessen

Eine schier unvorstellbare Zahl ist das Ergebnis des diesjährigen Kommunalpanels der KfW: 136 Milliarden Euro schieben die deutschen Kommunen an Investitionsstau vor sich her. Dies war die Kernaussage von Dr. Stephan Brand, Senior Referent der volkswirtschaftlichen Abteilung der KfW Bankengruppe, der den Mitgliedern der SGK Hessen e.V. am 30. November 2016 zum Thema „Der kommunale Investitionsrückstand – Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2016“ als Referent zur Verfügung stand.

## Rückstand bei Schulen und Straßen besonders hoch

Mit dem KfW-Kommunalpanel werden seit 2009 die Kämmerer der deutschen Kommunen zu ihrer Finanzlage und den Investitionen befragt. Die Studie wird vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) durchgeführt und von den kommunalen Spitzenverbänden begleitet.

Schwerpunkte des wahrgenommenen Investitionsrückstands sind vor allem Straßen und Verkehr mit 26 Prozent sowie Schulen mit 25 Prozent, aber auch in vielen anderen Bereichen bestehen beachtliche Defizite. Weitere Ergebnisse der Befragung: In 27,7 Prozent der befragten Kommunen konnten die Haushalte nicht ausgeglichen werden, in diesen Kommunen fallen die Investitionen und Ausgaben für den laufenden Unterhalt der be-

stehenden Infrastruktur um rund ein Drittel niedriger aus. Es zeigen sich große Unterschiede zwischen den Ländern und Kommunen. Insbesondere in NRW, Rheinland-Pfalz, dem Saarland aber auch in Hessen steigen beispielsweise die Kassenkredite. In 2015 waren es noch 51,5 Milliarden Euro. Steigen die Schulden unvermindert weiter, werden es in 2020 zwischen 66 und 77 Milliarden Euro sein.

Trotz aller Schutzschirme und der guten Konjunktur: seit 2003 sind die Bruttoanlageinvestitionen der Kom-

munen kleiner als die Abschreibungen, das öffentliche Vermögen ist dadurch bis 2015 kumuliert um 56,3 Milliarden Euro geschrumpft. Zwar sind in 2016 mehr kommunale Investitionen geplant, den Substanzverlust gleichen sie jedoch nicht aus. Es müssen also auf allen staatlichen Ebenen Maßnahmen ergriffen werden, die kommunale Investitionsfähigkeit zu verbessern.

## Spielraum wäre vorhanden

Dr. Brand resümierte seine Ausführungen so: Die kommunale Finanz-

lage ist von großen Unterschieden geprägt. Insbesondere in strukturschwachen Kommunen wird zu wenig investiert. Gerade in gesellschaftlich wichtigen Bereichen wie den Schulen sollte aber ein ausreichendes Niveau an Investition und Unterhalt gewährleistet werden. Eigentlich hat die öffentliche Hand den Spielraum, mehr in ihre Infrastruktur zu investieren. Denn die Rahmenbedingungen sind aktuell hervorragend: So könnten die Kommunen beispielsweise die Niedrigzinsphase nutzen, notwendige Investitionen günstig zu finanzieren, solange dabei auf die Tragfähigkeit der Verschuldung geachtet wird. Eine nachhaltige Haushaltspolitik schließt auch die Pflege der kommunalen Infrastruktur mit ein und ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit.

# Deutschlands nachhaltigste Gemeinde 2016

Alheim für zukunftsweisende Maßnahmen ausgezeichnet

Pressemitteilung der Gemeinde Alheim

Am Freitag, 25.11.2016 wurde zum neunten Mal der Deutsche Nachhaltigkeitspreis verliehen. In fünf Wettbewerben wurden vorbildliche Nachhaltigkeitsleistungen in Wirtschaft, Kommunen und Forschung prämiert. Vor 1.200 Gästen wurden im Rahmen einer festlichen Gala in Düsseldorf der Premierminister von Bhutan, Tshering Tobgay, US-Schauspieler Nicolas Cage und die Hip-Hop-Gruppe Die Fantastischen Vier für ihr nachhaltiges Engagement mit dem Ehrenpreis gewürdigt.

In der Kategorie des Deutschen Nachhaltigkeitspreises für Städte und Gemeinden werden Kommunen, die im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten eine umfassende nachhaltige Stadtentwicklung betreiben und in den wichtigen Themenfeldern der Verwaltung erfolgreiche Nachhaltigkeitsprojekte realisiert haben, prämiert. Bei der Vergabe werden auch finanzschwache Bewerber berücksichtigt, die trotz eingeschränkter Möglichkeiten nachhaltig agieren.

Ein „strahlender Sieger“ an dem Abend war natürlich Alheims Bürgermeister Georg Lüdtke, der die hochkarätige Auszeichnung im Namen der Gemeinde Alheim als „Deutschlands nachhaltigste Gemeinde 2016“ mit Freude aus den Händen der Bundesratspräsidentin Malu Dreyer entgegen nahm und sogleich die Möglichkeit nutzte, sich bei den Juroren und Mitbewerbern recht herzlich zu bedanken.

## Mehrfach ausgezeichnete Modellkommune

In der Würdigung für Deutschlands Preis für Vorbilder der Nachhaltigkeit wurde ausgeführt, dass Alheim in der Region Verantwortung übernimmt und die nachhaltige Entwicklung durch zukunftsweisende, ökologische, ökonomische und soziale Maßnahmen vorantreibt. Die kleine Gemeinde Alheim, nahe Kassel, ist eine mehrfach ausgezeichnete Modellkommune in Sachen Erneuerbare Energien, Bildung und Flüchtlingshilfe. Als Teil der ZuBRA-Region ist die Gemeinde stark vernetzt mit

den umliegenden Städten und Gemeinden und nimmt selbst unter den Städten in Sachen Nachhaltigkeit eine Vorreiterrolle ein.

Alheim gewann in der Kategorie „Deutschlands nachhaltigste Kleinstädte und Gemeinden 2016“.

Die Stadt Nürnberg ist „Deutschlands nachhaltigste Großstadt 2016“. Die Großstadt in Mittelfranken ist BioMetropole, ENERGIEregion und Recycling-Hauptstadt und überzeugt mit einem breiten Nachhaltigkeitskonzept als Zugpferd in der Metropolregion. Bei den Städten mittlerer Größe gewann die sächsische Stadt Delitzsch. Sie zeigt trotz knapper Kassen, dass eine nachhaltige Energiepolitik strukturschwachen Gebieten einen Weg aus der Krise bieten kann.

Alle drei Siegerstädte erhalten von der Allianz Umweltstiftung eine Fördersumme von jeweils 35.000,- Euro zur Umsetzung individueller Nachhaltigkeitsprojekte.

## IMPRESSUM

### Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Hessen e.V.,  
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden  
Telefon: (0611) 360 11 74  
Telefax: (0611) 360 11 95  
info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH  
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld